

Mehr soziale Ungleichheit – weniger ökonomischer Erfolg: Zur Verteilungsentwicklung in 2003 und den Vorjahren

Claus Schäfer

Die aktuell verfügbaren empirischen Indikatoren auf makro- und mikroökonomischer Ebene deuten auf einen weiteren Anstieg der Einkommensungleichheit (und auch Vermögensungleichheit) in Deutschland hin. Gleichzeitig belegt die anhaltend schlechte Wirtschaftssituation zunehmend, dass die Ungleichheit und die daraus resultierende binnenwirtschaftliche Lücke bei privaten wie öffentlichen Ausgaben die entscheidende Ursache dafür ist – während Export und Wettbewerbsfähigkeit wenig zu wünschen übrig lassen. Trotz dieses immer deutlicheren Zusammenhangs zwischen sozialer und ökonomischer Performance lassen die betrieblichen und politischen Akteure nicht davon ab, die Ungleichheit zu vergrößern bzw. die Nachfragebedingungen zu verschlechtern – in der Hoffnung auf anschließende ökonomische Besserung, aber im Ergebnis mit noch größeren Problemen. Dass die immer wieder enttäuschte Hoffnung nicht zu einem Lernprozess über die vermeintliche Rezeptur führt, ist ebenso verwunderlich wie sozial und ökonomisch gefährlich.

1 Gesamtwirtschaftliche Verteilungsentwicklung

Die makroökonomischen Indikatoren sind zwar teilweise relativ zu grob, um zu-

nehmende Ungleichheit bereits auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene identifizieren zu können. Aber zumindest die Indikatoren für die Einkommensentwicklung nach der öffentlichen Umverteilung liefern dafür Indizien, wie insbesondere *Tabelle 2* für die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und vor-

allem des Kaufkraftpotenzials aus Lohn-einkommen zeigt. Herangezogen aus der Verteilungsempirie werden hier traditionell neben Makrodaten für den Sektor private Haushalte (*Tabelle 2 und 3*) auch solche für den Unternehmenssektor (genauer die Kapitalgesellschaften unter den Unternehmen: *Tabelle 4 und 5*)¹ sowie für die Großregionen Westdeutschland und Ostdeutschland (*Tabelle 6*) und schließlich auch für die große Gruppe von Vollzeit-Lohnbeziehern im West-Ost-Vergleich als dem nach wie vor dominanten Kern des Arbeitsmarkts (*Tabelle 7*). *Tabelle 1* zur gesamtwirtschaftlichen Lohnquote im Rahmen des Gesamteinkommens aller volkswirtschaftlichen Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung hat früher in der öffentlichen Debatte eine viel größere, aber aus methodischen Gründen nicht unbedingt berechnete Rolle gespielt;² diese

Tabelle 1: Bruttolohn- und Gewinnquote – Deutschland. Das volkswirtschaftliche Einkommen aller Sektoren vor der öffentlichen Umverteilung

Jahr	Volks-ein-kommen in Mrd. €	Tatsächliche Brutto-lohnquote ³⁾ %	Tatsächliche Gewinn-quote %	Arbeitnehmerquote ⁴⁾ %	Index ⁶⁾	Struktur-bereinigte Brutto-lohnquote ⁵⁾ %
– alte Bundesländer ¹⁾ –						
1960	122,8	60,1	39,9	77,2	92,5	65,0
1970	274,7	67,3	32,7	83,4	100,0	67,3
1980	591,0	75,2	24,8	88,3	105,9	71,0
1990	987,2	69,8	30,2	89,6	107,4	65,0
1991	1065,4	70,0	30,0	89,6	107,4	65,2
– alte und neue Bundesländer ²⁾ –						
1991	1167,1	72,5	27,5	90,7	100,0	72,5
1992	1242,6	73,7	26,3	90,4	99,7	73,9
1993	1255,7	74,7	25,3	90,1	99,3	75,2
1994	1302,6	73,8	26,2	89,8	99,0	74,5
1995	1358,6	73,3	26,7	89,7	98,9	74,1
1996	1381,7	72,8	27,2	89,7	98,9	73,6
1997	1404,6	71,8	28,2	89,5	98,7	72,7
1998	1442,2	71,5	28,5	89,4	97,6	72,4
1999	1468,2	72,0	28,0	89,6	98,8	72,9
2000	1509,5	72,8	27,2	89,7	98,9	73,6
2001 ⁷⁾	1538,4	72,9	27,1	89,5	98,7	73,9
2002 ⁷⁾	1551,9	72,8	27,2	89,4	98,6	73,8
2003 ⁷⁾	1569,3	72,1	27,9	89,1	98,2	73,4
2004 1. Hj. ⁷⁾	789,4	68,1	31,9	88,8	97,9	69,6

1) Angaben für 1960 nach dem aufgegebenen deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ab 1970 nach dem – für Westdeutschland zurückgerechneten – Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). – 2) Angaben auf Basis des ESVG. – 3) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (im ESVG: des Arbeitnehmerentgelts) einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Volkseinkommen. – 4) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inland). – 5) Bereinigt vom Einfluss, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 bzw. 1991 wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 6) Für die alten Bundesländer 1970 = 100, für Deutschland 1991 = 100. – 7) Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Fachserie 18, Stand: Aug. 2004). – Berechnungen des WSI.

WSI Hans Böckler Stiftung

1 Die Personengesellschaften und die Selbständigen bzw. Freiberufler unter den Unternehmen werden seit dem Übergang der Methodik in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf das europäische System (ESVG) bekanntlich zum Sektor private Haushalte gezählt, sodass die Abgrenzung und auch die Datenergiebigkeit der beiden Sektoren private Haushalte und Unternehmen bzw. jetzt Kapitalgesellschaften nicht mehr so befriedigend ist wie früher.

2 Zur Problematisierung dieser Bruttolohnquote siehe Schäfer 2004a.

Claus Schäfer, Dr., ist Referatsleiter für die Analyse der Verteilung von Lebenslagen im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: claus-schaefer@boeckler.de

Tabelle 2: Nettolohn- und -gewinnquote – Deutschland¹⁾²⁾

Das Einkommen des Sektors private Haushalte vor und nach der öffentlichen Umverteilung in %

Jahr	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (in Mrd. Euro (= 100 %))	Masseneinkommen					Gewinn- und Vermögenseinkommen					Korrekturfaktoren ¹⁰⁾	nachrichtlich: Vermögenseinkommen (unsaldiert) ¹¹⁾ , brutto		
		Bruttolöhne und -gehälter (ohne Arbeitgeberbeiträge)	Lohnsteuer	Sozialbeiträge (Sozialabgaben der Arbeitnehmer)	Nettolöhne und -gehälter (Netto-Lohn- und -Gehalts-summe) ³⁾		Netto: monetäre Sozialleistungen (Empfänger laufende Übertragungen, saldiert) ⁴⁾	Brutto: Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkomm. (Entnommene Gewinne) ⁵⁾	Brutto: Vermögenseinkommen (saldiert) ⁶⁾	Steuern u. Verm.-ein-kommen ⁷⁾	Sozialbeiträge (Sozial-u.ä.) ⁸⁾			Netto-Gewinn- u. Vermögenseinkommen ⁹⁾	
					A ¹²⁾	B ¹³⁾								A ¹²⁾	B ¹³⁾
– alte Bundesländer – ¹⁾															
1960	96,1	66,2	4,2	6,2	55,8	43,7	20,9	28,7	3,0	6,3	1,0	24,4	19,1	1,1	3,0
1970	218,8	71,9	8,5	7,7	55,7	44,4	21,2	26,6	5,5	5,2	0,9	25,9	20,6	2,8	5,5
1980	491,0	73,9	11,7	9,5	52,7	43,8	26,2	22,5	7,6	4,6	1,2	24,3	20,2	3,2	7,6
1990	783,7	69,8	11,3	9,9	48,5	38,5	24,8	24,1	9,9	3,3	1,0	29,7	23,6	3,0	9,9
– alte und neue Bundesländer – ²⁾															
1991	970,8	71,3	11,6	10,2	49,4	41,2	22,5	18,7	12,9	2,8	1,1	27,7	23,0	0,3	19,7
1992	1 039,2	70,8	12,4	10,5	49,2	41,3	23,4	19,0	11,9	2,6	1,1	27,1	22,7	0,3	18,9
1993	1 077,2	71,4	12,0	10,5	49,0	42,0	24,3	18,7	11,4	2,6	1,2	26,4	22,6	0,3	18,4
1994	1 107,1	70,6	12,2	10,9	47,6	40,4	24,6	19,3	11,9	2,4	1,3	27,6	23,5	0,3	19,4
1995	1 142,7	70,6	13,1	11,0	46,5	39,1	24,9	19,6	11,8	1,7	1,3	28,6	24,1	0,3	19,3
1996	1 171,9	69,6	13,4	11,1	45,1	38,2	26,1	20,2	11,1	1,5	1,4	28,5	24,2	0,4	18,7
1997	1 196,4	68,0	13,3	11,3	43,4	37,0	26,1	20,1	12,5	1,2	1,3	30,1	25,6	0,4	20,0
1998	1 227,3	67,6	13,2	11,2	43,2	36,8	26,0	19,6	13,8	1,7	1,3	30,4	25,9	0,4	21,3
1999	1 270,4	67,3	13,1	11,0	43,2	37,4	25,9	18,8	15,1	2,1	1,2	30,5	26,4	0,4	22,5
2000	1 311,8	67,4	13,0	10,8	43,6	37,9	25,7	18,1	16,1	2,7	1,2	30,3	26,3	0,4	23,6
2001	1 362,9	66,3	12,3	10,6	43,5	38,5	25,5	17,6	16,9	2,7	1,2	30,6	27,1	0,3	24,0
2002	1 372,7	66,4	12,4	10,6	43,4	38,4	26,5	17,5	15,7	2,3	1,2	29,8	26,3	0,4	22,9
2003	1 389,8	65,5	12,3	10,7	42,5	37,6	26,9	17,3	15,8	1,9	1,1	30,1	26,7	0,5	22,6
2004 1.Hj.	702,7	61,2	11,1	10,4	39,8	35,5	26,9	–	–	–	–	32,8	29,2	0,5	–

1) Bis 1990: Angaben nach dem angegebenen System der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (dVGR). – 2) Ab 1991: Angaben auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und der Datenrevision zurück bis 1991. – 3) Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben. – 4) im ESVG: Empfangene monetäre Sozialleistungen und übrige laufende Transfers von Staat und anderen Sektoren (ohne Schadenversicherungsleistungen) abzüglich: Lohnsteuer auf Pensionen, Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und Verwaltungsgebühren. – 5) Im früheren dVGR: Entnommene Gewinne; im ESVG: Betriebsüberschuss bzw. Selbständigeneinkommen aller Personengesellschaften. – 6) Im ESVG: Empfangene Vermögenseinkommen (einschließlich Ausschüttungen von Kapitalgesellschaften) abzüglich geleistete Vermögenseinkommen (einschließlich Zinsen auf Betriebskredite von Personengesellschaften und Hypothekenzinsen für den privaten Immobilienbau bzw. -kauf.) – aber vor Abzug von direkten Steuern auf Vermögenseinkommen. Im dVGR: unsaldierte Vermögenseinkommen – 7) Veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer. – 8) Sozialbeiträge der Selbständigen und Nichterwerbstätigen. – 9) Diese Kategorie wird vom Statistischen Bundesamt nicht explizit ausgewiesen: Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen (s. Fußnote 6), abzüglich: direkte Steuern auf private Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Sozialbeiträge (s. Fußnote 7 und 8). – 10) Mit negativen Vorzeichen im dVGR: Konsumentenkreditzinsen und „Nicht zurechenbare geleistete laufende Übertragungen“; im ESVG dagegen mit positiven Vorzeichen: Weitere empfangene Transfers (z. B. Schadenversicherungsleistungen) abzüglich sonstiger geleisteter Transfers (z. B. Nettoprämien für Schadenversicherungen). – 11) Im Gegensatz zur Spalte „Vermögenseinkommen“ unter den „Gewinn- und Vermögenseinkommen“ werden hier die empfangenen Vermögenseinkommen unsaldiert ausgewiesen (s. auch Fußnote 6). – 12) A: Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. – 13) B: Anteil am Volkseinkommen, d.h. derselben Bezugsgröße wie für die Quoten in Tabelle 1.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Aug. 2004). – Berechnungen des WSI.

Bruttolohnquote (und die dazu gehörige Bruttogewinnquote) wird hier nur nachrichtlich erwähnt.

1.1 LOHNENTWICKLUNG BRUTTO UND NETTO

Die in Tabelle 2, Spalten 3 und 6 ausgewiesenen Anteile der Brutto- und Nettolohnquote am verfügbaren und auch ausgabefähigen Volkseinkommen der privaten Haushalte sind 2003 ein weiteres Mal gesunken: erstmals unter 66 % brutto und 43 % netto. Mit genau 42,5 % weist die Nettolohnquote in der langen Geschichte ihres verteilungsbedingten Abstiegs seit den 60er Jahren ein neues Allzeittief auf.

Im Vergleich zu ihrem früheren Anteil von 55,8 % in 1960 hat sie inzwischen fast ein Drittel ihres ursprünglichen Potenzials an privater Kaufkraft eingebüßt. Allein im Vorjahresvergleich mit 2002 hat sie einen knappen Prozentpunkt verloren. Begleitet wird diese seit langem anhaltende relative Absenkung der Nettolohnquote in 2003 von einem auch absoluten Rückgang dieser Quote um rund 5 Mrd. € gegenüber 2002. Das ist nicht viel angesichts eines Gesamtvolumens von 591 Mrd. € 2003 – und auch nicht viel im Vergleich zum einzigen Rückgang in den 90er Jahren in Höhe von rund 10 Mrd. € 1997.

Aber es unterstreicht den ständigen Bedeutungsverlust der Nettolohnquote für

die binnenwirtschaftliche Dynamik und die Problematik der dahinterstehenden Ursachen auf der Umverteilungsebene und der davorliegenden Marktebene: Auch 2003 ist es der Politik wie 2002 nicht gelungen, die Abgabenbelastung auf Lohn-einkommen zu reduzieren; eine geringfügige Erhöhung der durchschnittlichen Beitragslast auf 10,7 % (Spalte 5) und eine minimale Senkung der durchschnittlichen Steuerlast auf 12,3 % (Spalte 4) halten sich gerade die Waage. Im langjährigen Vergleich vor allem mit der Zeit vor 1991 ist beider Niveau nach wie vor sehr hoch und auch von den Entlastungsbemühungen der rot-grünen Bundespolitik seit 1998 nur wenig berührt. Genauso problematisch

Tabelle 3: Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen der privaten Haushalte – Deutschland –

Jahr	Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Beitragsbelastung der Bruttolöhne und -gehälter	Belastung durch direkte Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen	Belastung durch Sozialbeiträge auf Gewinn- und Vermögenseinkommen
	% ¹⁾	% ²⁾	% ³⁾	% ⁴⁾
1960	6,3	9,4	20,0	3,0
1970	11,8	10,7	16,1	2,9
1980	15,8	12,8	15,3	3,9
1990	16,2	14,2	9,8	3,0
1991	16,3	14,3	7,3	2,8
1992	17,2	14,5	6,9	2,9
1993	16,8	14,6	6,9	3,3
1994	17,2	15,4	6,1	3,3
1995	18,6	15,6	4,5	3,2
1996	19,3	15,9	3,7	3,6
1997	19,5	16,6	3,1	3,2
1998	19,5	16,6	4,1	3,1
1999	19,5	16,3	6,4	3,6
2000	19,3	16,0	7,9	3,5
2001	18,6	16,0	7,8	3,5
2002	18,7	16,0	6,9	3,6
2003	18,8	16,3	5,7	3,3
2004 1. Hj.	18,1	16,8	–	–

1) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 3 und 4. – 2) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 3 und 5. – 3) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 9 plus 10 und Spalte 11. – 4) Dividend und Divisor aus Tabelle 2, Spalte 9 plus 10 und Spalte 12.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Aug. 2004). – Berechnungen des WSI.

WSI Hans Böckler Stiftung

sind die „vorausgehenden“ Prozesse auf dem Arbeitsmarkt mit negativen Verteilungswirkungen: mehr Entlassungen als Einstellungen, in betrieblichen Bündnissen und Tarifrunden erzwungene Lohnzurückhaltungen bis zu Lohnkürzungen, Schmälerung von Lohnsonderzahlungen, Substitution von Vollzeit durch Teilzeit- und Mini-/Midijobs usw.

Weitere Negativfaktoren für das Kaufkraftpotenzial, die sich in den hier referierten Zahlen der Einkommensentstehung nicht niederschlagen können, sind auf der Verausgabungsseite der Löhne höhere private Zuzahlungen im Krankheitsfall, höhere private Aufwendungen für die Altersvorsorge bzw. die Riesterreute und eine generelle Kaufzurückhaltung angesichts unsicherer Wirtschafts- und Politikaussagen zu kommenden neuen Belastungen.

Zwar gibt es in 2003 eine relative und auch absolute Zunahme der beiden anderen Quoten am privaten Volkseinkommen nach der öffentlichen Umverteilung: bei den monetären Sozialleistungen und den Gewinn- und Vermögenseinkommen netto. Aber diese Kompensation des privaten Nachfragepotenzials bleibt überwiegend rechnerisch bzw. wird nur zum Teil effektiv nachfragewirksam. Denn monetäre Sozialleistungen, die in der Regel Lohnersatz sind, liegen individuell immer deutlich auf

einem niedrigeren Niveau als die vorangegangenen Lohnzahlungen. Und Gewinn- oder Vermögenseinkommen sind schließlich mit einer wesentlich größeren Sparquote als die Masseneinkommen an Lohn- und Sozialleistungen verbunden – aktuell umso mehr angesichts des herrschenden Wartens der potenziell investitionsfähigen Selbständigen und Freiberufler unter den privaten Haushalten auf bessere Konjunkturzeiten.

Wie tief die Lohnquote noch abstürzen und damit das gesamtwirtschaftliche Nachfragepotenzial weiter schädigen kann, zeigt erneut die in *Tabelle 2* enthaltene Angabe zum ersten Halbjahr 2004, die ein Niveau der Nettolohnquote unter 40 % am privat verfügbaren Volkseinkommen meldet. Nun fällt das erste Halbjahr im Rückblick regelmäßig schlechter aus als das zweite Halbjahr, weil sich erst in Letzterem die deutlich einkommenserhöhenden Sonderzahlungen wie insbesondere Urlaubs- und Weihnachtsgeld niederschlagen. Aber dieser „Aufholeffekt“ schwächt sich immer stärker ab, wenn die in vielen Bereichen von Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst begonnene Kürzung und Streichung der Sonderzahlungen weiter fortgesetzt wird. In naher Zukunft gibt es also u. U. keinen spürbaren Unterschied beim Ausmaß der Lohnquote zwischen erstem

und zweitem Halbjahr mehr – mit der Folge einer noch niedrigeren Jahresquote der Nettolöhne als heute schon.

Tabelle 3 demonstriert noch einmal im Langfristvergleich den Effekt der öffentlichen Umverteilung auf das Markteinkommen der privaten Haushalte, der sich wie eine Schere zulasten der Lohneinkommen und zugunsten der Gewinn- sowie Vermögenseinkommen auswirkt. Zwar hatte sich die Schere in den ersten Jahren von Rot-Grün entgegen dem Langfristtrend leicht geschlossen, weil sich vor allem Steuerentlastungen wegen Tarifiereduzierung bei den Lohneinkommen und Steuerbelastungen bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen wegen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bemerkbar machten. Aber inzwischen geht die Schere in Richtung Langfristtrend wieder auseinander, weil trotz Steuerreformen bei den Löhnen die Abgaben leicht steigen und insbesondere die durchschnittlichen Belastungen der Gewinn- und Vermögenseinkommen durch direkte Steuern erneut kräftig sinken. Die Entlastungen bei Existenzminimum und Steuertarif in der Lohn- und Einkommenssteuer, aber auch die Änderungen z.B. bei der Dividendenbesteuerung wirken sich bekanntlich überproportional günstig auf hohe Einkommen aus, die im Wesentlichen bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen zu finden sind.³

1.2 GEWINNENTWICKLUNG BRUTTO UND NETTO

Die Steuerpolitik begünstigt aber langfristig wie kurzfristig nicht nur die Gewinn- und Vermögenseinkommen im Sektor private Haushalte, zu denen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), wie bereits erwähnt, auch die von Personenunternehmen gezählt werden, sie begünstigt ebenso die Kapitalgesellschaften, zu denen die VGR seit der Umstellung auf das ESVG nicht nur wie früher Aktiengesellschaften und GmbHs als Kapitalgesellschaften im engeren Sinn rechnet, sondern auch solche im weiteren Sinn, wie Kommanditgesellschaften. Trotzdem wer-

³ Zu den Auswirkungen der rot-grünen Einkommenssteuerreform auf die unterschiedlichen Einkommenshöhen hat der letztjährige WSI-Verteilungsbericht (Schäfer 2003 b) Stellung genommen.

den vom Statistischen Bundesamt diesen erweiterten Kapitalgesellschaften – erweitert in Anzahl der Unternehmen wie Gewinnsumme dieser Unternehmen – nach wie vor nur die direkten Steuern der AGs und GmbHs gegenübergestellt. Die Gesamtsteuerbelastung und damit der Nettogewinn des Sektors Kapitalgesellschaften ist also seit einiger Zeit nicht mehr genau bestimmbar.⁴ Immerhin hatte das alte VGR-System für die früheren Bundesländer auch hier von 1980 bis 1993 einen kontinuierlichen Rückgang der durchschnittlichen Belastung mit direkten Steuern registriert – von 33,6 % auf zuletzt 18,3 % über diverse Konjunkturzyklen hinweg (Tabelle 4).

Man darf aber angesichts der Daten für ganz Deutschland und der erweiterten Abgrenzung der Kapitalgesellschaften ohne weiteres vermuten, dass dieser Trend eher anhält, zumindest aber nicht umgedreht ist. Denn 1991 standen in Deutschland einer Gewinnsumme von rund 185 Mrd. € bei allen Kapitalgesellschaften nur rund 22 Mrd. € direkte Steuern aus den AGs und GmbHs gegenüber; in 2003 lautet die entsprechende (unechte) Relation rund 300 Mrd. € Gewinn und nur noch 16 Mrd. € Steuern. Im Trend also – nicht in jeder Konjunkturphase – sind die Gewinne aller Kapitalgesellschaften gestiegen, die Steuern der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn dagegen gesunken. Und es spricht nichts dafür, dass die Steuerbelastung von Kommanditgesellschaften und ähnlichen Kapitalgesellschaften im weiteren Sinn entgegen der Steuerentwicklung bei AGs und GmbHs gestiegen sein sollte. Man wird ebenso wenig davon ausgehen können – erst recht nicht angesichts der gestiegenen Konzentration in der Privatwirtschaft – dass sich die Gewinnanteile von einerseits AGs und GmbHs sowie andererseits Kommanditgesellschaften u.ä. unter allen Kapitalgesellschaften wesentlich zugunsten von Letzteren verschoben haben. Nimmt man also mit einer gewissen Plausibilität an, dass im Jahr 1993 der Gewinnanteil der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn am Gesamtgewinn aller Kapitalgesellschaften im erweiterten Sinn in Höhe von gut zwei Dritteln – 220,49 Mrd. DM von 324,91 Mrd. DM – auch 2003 so groß war (etwa 200 Mrd. €), dann betrug in 2003 die durchschnittliche Belastung der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn durch direkte Steuern 16,22 Mrd. € oder nur rund 8 %⁵ – im Vergleich zu gut 18 % 1993,

Tabelle 4: Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Kapitalgesellschaften – Deutschland –

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne		Netto-Unternehmensgewinne		Direkte Steuern ³⁾ Mrd. DM/€ ⁴⁾	Durchschnittliche Steuerbelastung Kap.Ges. i.e.S. ¹⁾ (%)
	Mrd. DM/€ ⁴⁾	Veränderung (%)	Mrd. DM/€ ⁴⁾	Veränderung (%)		
– alte Bundesländer ¹⁾ –						
1980	77,27	– 1,1	51,32	1,2	25,29	33,6
1981	85,86	11,1	60,61	18,1	25,25	29,4
1982	91,29	6,3	64,57	6,5	26,72	29,3
1983	112,13	22,8	82,52	27,8	29,61	26,4
1984	125,30	11,7	90,85	10,1	34,45	27,5
1985	133,01	6,2	93,79	3,2	39,22	29,5
1986	142,87	7,4	104,37	11,3	38,80	26,9
1987	143,21	0,2	108,71	4,2	34,50	24,1
1988	153,74	7,4	116,15	6,8	37,59	24,5
1989	163,82	6,6	120,54	3,8	43,28	26,4
1990	183,04	11,7	144,36	19,8	38,68	21,1
1991	202,72	10,8	161,14	11,6	41,58	20,5
1992	213,30	5,2	171,52	6,4	41,78	19,6
1993	220,49	3,4	180,05	5,0	40,44	18,3
– alte und neue Bundesländer ²⁾ –						
1991 ⁴⁾	185,24	–	x	x	21,87	x
1992	171,51	– 7,4	x	x	22,19	x
1993	166,12	– 3,1	x	x	22,66	x
1994	203,28	+ 22,4	x	x	19,54	x
1995	214,47	+ 5,5	x	x	18,60	x
1996	216,55	+ 1,0	x	x	24,34	x
1997	242,89	+ 12,2	x	x	24,61	x
1998	280,35	+ 15,4	x	x	26,68	x
1999	272,23	– 2,9	x	x	30,22	x
2000	285,86	+ 5,0	x	x	34,59	x
2001	292,93	+ 2,5	x	x	12,25	x
2002	301,48	+ 2,9	x	x	12,46	x
2003	303,13	+ 0,5	x	x	16,22	x

1) Für die alten Bundesländer und darin die „Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit“ (Kapitalgesellschaften im engeren Sinn) nach dem aufgegebenen deutschen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Angaben des Statistischen Bundesamtes für Gewinne und Steuern nur bis 1993 verfügbar. – 2) Gewinnangaben: für Deutschland und darin Kapitalgesellschaften im weiteren Sinn (einschließlich Quasi-Kapitalgesellschaften wie oHG, KG u. ä.) nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) und den Datenrevisionen zurück bis 1991; Steuerangaben: für Deutschland, aber darin nur für Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (s. Fußnote 1). – 3) Körperschaftsteuer und sonstige direkte Steuern einschließlich Vermögensteuer der Kapitalgesellschaften im engeren Sinn (s. o. Fußnote 1). – 4) Ab 1991 EURO.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18, Stand: Aug. 2004).
– Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler
Stiftung

dem letzten Jahr eines eindeutigen Ausweises der entsprechenden Steuerbelastung durch das Statistische Bundesamt (Tabelle 4).

Nun ist bei Kapitalgesellschaften – wie bei Unternehmen überhaupt – im Gegensatz zu privaten Haushalten viel stärker zu beachten, dass Unternehmensgewinn und Unternehmenssteuern vor dem jeweiligen konjunkturellen Hintergrund zu bewerten sind und dass Gewinn und Steuern auch nur ein relativ kleiner bzw. nicht zu überschätzender Teil der betrieblichen Liquiditätsentwicklung sind. Deshalb werden in diesem Bericht immer wieder auch die gesamten Finanzierungsströme in Kapitalgesellschaften dargestellt, die sich in Tabelle 5 bzw. aus dem zugrunde liegenden Bundesbankbericht (Deutsche Bundesbank 2004) zusammenfassen lassen.

Auch die Bundesbank praktiziert analog zum Statistischen Bundesamt im Sinn des ESVG die Abgrenzung der Kapitalgesellschaften im weiteren Sinn einschließlich Kommanditgesellschaften u.ä., von denen hier näher nur die Waren und Dienstleistungen produzierenden Kapitalgesellschaften ohne die so genannten finanziellen Kapitalgesellschaften wie Banken und Ver-

4 Auf mehrmalige Anfrage hat das Statistische Bundesamt erklärt, dass ein entsprechender Nachweis zwar prinzipiell wieder möglich sei, jedoch faktisch am damit verbundenen hohen Aufwand einschließlich erforderlicher Datenzulieferungen der Deutschen Bundesbank scheiterte.

5 Siehe auch eine im Ergebnis ähnliche Argumentation von Jarass/Obermair (2004) zur Entwicklung der Unternehmenssteuern.

Tabelle 5: Investition und Finanzierung der produzierenden Kapitalgesellschaften in Mrd. Euro – Deutschland –

	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2002	2003
Reale und monetäre Investitionen								
Bruttoinvestitionen	204,3	182,4	204,8	204,5	222,8	212,9	196,5	203,7
– Bruttoanlageinvestitionen	197,6	192,4	201,6	204,8	221,2	226,6	208,7	201,1
– Vorratsveränderungen	6,7	-9,9	3,2	-0,3	0,6	-13,8	-12,1	2,6
– Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	0,3	0,7	0,6	0,5	0,6	0,4	0,5	0,4
Geldvermögensbildung	70,7	54,5	45,1	46,9	184,8	140,2	61,1	37,1
– bei Banken ¹⁾	8,2	24,0	10,6	-15,7	-4,9	33,7	-8,5	21,6
kurzfristig	8,9	26,6	5,2	-17,6	-7,7	33,8	-7,5	20,6
längerfristig	-0,8	-2,6	5,4	1,9	2,8	-0,1	-1,0	1,0
– in Wertpapieren ²⁾	16,4	4,5	-3,9	3,9	47,1	34,5	-48,1	-16,0
– in Beteiligungen ³⁾	19,3	3,2	18,6	23,6	124,1	33,2	75,9	0,1
im Inland	0,7	-8,1	-6,9	-2,2	48,8	-22,0	39,1	-20,8
im Ausland	18,6	11,2	25,5	25,7	75,3	55,2	36,8	20,9
– Kredite ⁴⁾	25,4	21,2	17,3	32,6	17,3	37,2	40,7	29,5
an das Inland ⁵⁾	20,2	19,4	5,9	13,2	-19,9	28,2	66,2	26,1
an das Ausland	5,2	1,8	11,5	19,4	37,2	9,0	-25,6	3,4
kurzfristig	4,7	2,2	9,4	16,5	31,6	3,4	-32,0	-1,9
längerfristig	0,6	-0,4	2,1	2,9	5,7	5,6	6,5	5,2
– bei Versicherungen	1,4	1,6	2,6	2,4	1,2	1,7	1,1	2,0
Insgesamt⁵⁾	275,3	237,6	250,5	251,8	408,1	353,5	258,1	241,2
Finanzierung								
Selbstfinanzierung								
– Eigenfinanzierung i.e.S.	140,7	140,1	181,5	180,4	154,6	176,9	209,8	207,7
nicht entnommene Gewinne ⁵⁾⁶⁾	18,8	-4,3	28,1	20,8	-12,3	-2,1	26,9	24,9
Abschreibungen	123,9	144,4	153,4	159,7	166,8	179,6	182,9	182,8
Eigenfinanzierung i.w. S.								
in Form von Beteiligungen ³⁾	16,5	14,2	16,5	16,7	75,8	63,7	18,8	16,6
im Inland	14,2	15,8	14,0	12,7	57,1	55,7	6,3	-6,2
im Ausland	2,3	-1,7	2,5	4,0	18,6	8,0	12,6	22,8
Bildung v. Pensionsrückstellungen	7,2	4,2	7,1	3,6	6,3	8,2	9,6	11,1
Fremdfinanzierung								
– bei Banken ¹⁾	90,1	37,0	57,9	44,0	71,2	34,9	-21,8	-39,0
kurzfristig	34,3	-10,5	19,0	7,4	10,2	1,7	-27,4	-25,3
im Inland ⁵⁾	27,7	-7,9	16,5	4,7	-5,3	6,3	-24,2	-24,7
im Ausland	6,6	-2,7	2,5	2,7	15,5	-4,6	-3,2	-0,6
längerfristig	55,8	47,3	38,9	36,6	61,0	33,2	5,6	-13,7
im Inland ⁵⁾	55,5	45,3	39,1	36,1	58,2	21,5	3,5	-11,6
im Ausland	0,3	2,2	-0,2	0,5	2,7	11,8	2,1	-2,0
– bei sonstigen Kreditgebern ⁴⁾	11,5	12,3	3,4	16,9	83,2	58,0	41,6	20,9
im Inland	0,1	7,9	-7,8	0,6	16,2	5,9	21,3	12,8
kurzfristig	0,3	0,1	-0,0	0,2	1,7	-0,3	-0,2	6,9
längerfristig	-0,2	7,8	-7,8	0,7	14,5	6,2	21,5	5,9
im Ausland	11,4	4,4	11,3	16,4	67,1	52,1	20,3	8,0
kurzfristig	7,4	0,8	6,0	12,5	39,7	6,5	-17,0	11,2
längerfristig	4,0	3,6	5,2	3,9	27,4	45,6	37,3	-3,2
– am Wertpapiermarkt ⁵⁾⁷⁾	3,8	46,9	-3,3	-3,0	1,3	9,8	6,0	27,0
Insgesamt⁵⁾	269,7	254,7	263,2	258,6	392,4	351,5	264,0	244,2
Statistische Differenz ⁸⁾	5,6	-17,1	-12,7	-6,8	15,7	1,9	-5,9	-3,0

1) Im In- und Ausland. – 2) Geldmarktpapiere, Rentenwerte (einschl. Finanzderivate) und Investmentzertifikate. – 3) Aktien und sonstige Beteiligungen. – 4) Einschl. sonstige Forderungen bzw. sonstige Verbindlichkeiten. – 5) 1995 nach Ausschaltung der Transaktionen, die mit der Übertragung der Treuhandschulden auf den Erblastentilgungsfonds im Zusammenhang stehen. – 6) Einschl. empfangene Vermögensübertragungen (netto). – 7) Durch Absatz von Geldmarktpapieren und Rentenwerten. – 8) Entspricht dem Restposten im Finanzierungskonto der übrigen Welt auf Grund der statistisch nicht aufgliederbaren Vorgänge im Auslandszahlungsverkehr.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2004). – Berechnungen des WSI.

WSI Hans Böckler Stiftung

sicherungen betrachtet werden. *Tabelle 5* bildet mithin den Kern der Wirtschaft ab.⁶ Demnach ist die Finanzsituation der produzierenden Kapitalgesellschaften trotz der schleppenden Konjunktur im Durchschnitt als gut anzusehen, aus Bundesbanksicht (Deutsche Bundesbank 2004, S. 60) hinsichtlich wichtiger Finanzaspekte wie der betrieblichen Verschuldung „zum Teil sogar erfolgreicher als die Firmen in

anderen EU-Staaten“. Im Einzelnen gilt für die produzierenden Kapitalgesellschaften:

Zwar sind wegen der konjunkturellen Lage die Bruttoanlageinvestitionen erneut, wenn auch viel schwächer als im Vorjahr, von 209 auf 201 Mrd. € zurückgegangen; der Abbau der Lagerinvestitionen ist sogar wieder einem leichten Aufbau gewichen. Aber vor allem zählt, dass diese Investitionen in Höhe von rund 204 Mrd. € voll-

⁶ *Tabelle 5* entspricht in den Zahlenangaben der im entsprechenden Bundesbankbericht 2004 auf Seite 56 abgedruckten Tabelle; lediglich die Bezeichnung der Finanzierungspositionen wurde aus WSI-Sicht leicht verändert. Die Zahlenangaben weichen gegenüber denen im WSI-Verteilungsbericht 2003 veröffentlichten auch für die Jahre vor 2003 ab, weil die Bundesbank ihre Finanzierungsrechnung ähnlich wie das Statistische Bundesamt seine VGR ständig revidiert.

Tabelle 6: Gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen¹⁾ – Deutschland, West- und Ostdeutschland –

Jahr	Bruttolöhne und -gehälter		Deutschland		Nettolöhne und -gehälter		Westdeutschland			Tarif-erhöhung	Ostdeutschland		Tarif-erhöhung	
			Lohn-steuer	Sozial-abgaben			Bruttolöhne und -gehälter		Preis-steigerung ⁴⁾		Bruttolöhne und -gehälter			Preis-steigerung ⁴⁾
	Euro	% ²⁾	% ³⁾	% ³⁾	Euro	% ²⁾	Euro	% ²⁾	% ²⁾		Euro	% ²⁾		% ²⁾
1997	2 036	+ 0,3	19,5	16,6	1 300	+ 0,2	2 122	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,4	1 608	+ 0,5	+ 0,2	+ 2,7
1998	2 057	+ 1,0	19,5	16,6	1 316	+ 1,2	2 142	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,7	1 626	+ 1,2	+ 0,9	+ 2,5
1999	2 092	+ 1,4	19,5	16,3	1 343	+ 1,8	2 173	+ 1,3	+ 0,7	+ 2,9	1 668	+ 2,6	+ 0,4	+ 3,4
2000	2 122	+ 1,4	19,3	16,0	1 371	+ 2,1	2 203	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,4	1 703	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,3
2001	2 162	+ 1,9	18,5	15,9	1 418	+ 3,4	2 244 ⁷⁾	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	1 734 ⁷⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3
2002	2 195	+ 1,5	18,7	16,0	1 434	+ 1,1	2 276	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,6	1 759	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,9
2003	2 220	+ 1,1	18,8	16,3	1 441	+ 0,5	2 304	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,4	1 784	+ 1,4	+ 1,1	+ 3,0
2004 1. Hj.	2 126	+ 0,8	18,1	16,8	1 384	+ 2,1	- ⁵⁾	- ⁵⁾	+ 1,4	+ 1,9 ⁶⁾	- ⁵⁾	- ⁵⁾	+ 1,4	+ 2,6 ⁶⁾

1) Pro Kopf und Monat der beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept). Für Deutschland Rechenstand Aug. 2004 (insbesondere einschließlich erhöhter Zahl der geringfügig Beschäftigten). Für West und Ost Rechenstand Febr. 2004 (einschließlich erhöhter Zahl der geringfügig Beschäftigten), Westdeutschland einschließlich Ostberlin, Ostdeutschland ohne Ostberlin. – 2) Veränderung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Tarifierhöhungen sind Angaben des WSI-Tarifarchivs. – 3) Anteil der Lohnsteuern bzw. der Sozialabgaben an den durchschnittlichen Bruttolöhnen und -gehältern. 4) Bis 2000: Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittleren Einkommen in Westdeutschland bzw. Ostdeutschland. Ab 2001: Verbraucherpreisindex nach Bundesländern; West- und Ostdeutschland ohne Berlin. Ab 2003: Verbraucherpreisindex für ganz Deutschland – 5) Die Steigerungsraten des 1. Halbjahres werden vom VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter erst Ende des Jahres veröffentlicht. – 6) Tarifierhöhung im 1. Halbjahr; sie entspricht erfahrungsgemäß weitgehend der Veränderung auf Jahresbasis, da die meisten Tarifverträge im 1. Halbjahr abgeschlossen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 17 und 18). – VGR-Arbeitskreis der Statistischen Landesämter. – Berechnungen des WSI

WSI Hans Böckler Stiftung

ständig aus eigenen verdienten Mitteln durch Abschreibungen und einbehaltene Gewinne finanziert werden konnten. Mit weiteren gewonnenen Eigenmitteln durch das Eingehen von Beteiligungen (d.h. den Verkauf von Aktien und anderen Beteiligungsformen) sowie durch neue Pensionsrückstellungen war darüber hinaus viel Spielraum, um z.B. per Saldo Bankkredite „in beträchtlichem Umfang sogar“ zu tilgen (Deutsche Bundesbank 2004, S. 57). Dass insgesamt die Mittelbeschaffung durch Aktienverkauf oder erst recht durch Aufnahme von Fremdkapital nach 2002 erneut deutlich herunter gefahren wurde, spiegelt lediglich die Konjunktur wider und das Zögern der Kapitalgesellschaften, den Aktionsradius durch höhere eigene Anlageinvestitionen oder durch Zukauf von anderen Unternehmen wie in früheren Jahren zu vergrößern. Eigenes Geld und Sicherheiten dafür wären vorhanden, aber die entsprechende Verausgabung unterbleibt aus Vorsichtsgründen; „überschüssiges“ Geld wird eher zur Schuldentilgung (s.o.) verwendet oder in kurzfristigen, schnell liquidisierbaren Geldanlagen „geparkt“, wie in 2003 die Zunahme von Geldanlagen bei Banken insbesondere durch Sicht- und Termineinlagen um gut 20 Mrd. € zeigt.

Die produzierenden Kapitalgesellschaften sind also trotz Konjunkturflaute nicht nur mit viel Finanzmitteln ausgerüstet, sie sind auch für einen künftigen Aufschwung wie für die Konkurrenz mit ausländischen Firmen gut aufgestellt – wenn der Aufschwung kommt. Zur Zeit sind jedenfalls die Investitionen nicht der Motor eines Aufschwungs; die Investoren sind genauso

zurückhaltend wie die Konsumenten. Im Unterschied zu den Konsumenten, im Wesentlichen ArbeitnehmerInnen und ihre Familien, sind sie aber im Durchschnitt weder bei ihrer laufenden Liquidität noch bei ihren finanziellen Reserven „klamm“, sondern im Gegenteil reichlich ausgestattet.⁷

1.3 LÖHNE IM OST-WEST-VERGLEICH

Damit wird der Blick noch einmal zurück auf die Entwicklung der Lohnentwicklung gelenkt. Hier soll zunächst die regionale Lohnentwicklung im Durchschnitt aller Beschäftigungsverhältnisse von der Vollzeitbeschäftigung bis zum Minijob auf Datenbasis des Arbeitskreises VGR der Statistischen Landesämter betrachtet werden. Anschließend wird analog zum Vorgehen bei den Unternehmen, bzw. zur Präsentation der ökonomisch dominanten Gruppe der produzierenden Kapitalgesellschaften, aus den Beschäftigungsverhältnissen die als Vollzeitbeschäftigung nach wie vor wichtigste Teilgruppe herausgegriffen und deren Einkommensentwicklung beschrieben.

Tabelle 6 stellt die Bruttolohnentwicklung jeweils für West- und Ostdeutschland der gesamtdeutschen Lohnentwicklung gegenüber. Die Nettolöhne für Ost und West können dagegen mangels vorhandener Informationen der Statistischen Landesämter über die regional gezahlten Lohnsteuern und Sozialabgaben nicht mehr dargestellt werden, obwohl die Lohnniveaudifferenz zwischen den beiden Landesteilen nach wie vor groß ist. Die in Tabelle 6 enthaltenen

Lohnedaten zu ganz Deutschland vermelden zunächst noch einmal die verhaltene Zunahme von Brutto- und Nettolöhnen seit etlichen Jahren, hier pro Kopf der beschäftigten ArbeitnehmerInnen im Inland. Auch sie machen deutlich, dass sich die durchschnittlichen Belastungen durch Lohnsteuern und Sozialbeiträge nach einer 1999 begonnenen kurzen Abwärtsbewegung seit zwei, drei Jahren wieder nach oben entwickeln. Noch ist allerdings die durch Rot-Grün angestoßene Entlastung nicht ganz aufgezehrt, sodass die Nettoentwicklung seit 1998 etwas besser ausfiel als die auf Bruttoebene. Davon ist jedoch bei Berücksichtigung der gleichzeitig eingetretenen Preissteigerungen für die Lebenshaltung kaum ein reales Plus übrig geblieben. In den letzten beiden Jahren sind die Preissteigerungen jedenfalls größer als der Nettozuwachs. Ab 2003 übrigens wird vom Statistischen Bundesamt nur noch ein Verbraucherpreisindex für ganz Deutschland berechnet, sodass eine Differenzierung der Lohnentwicklung für jeweils West- und

⁷ Die Betonung liegt auf „Durchschnitt“. Das heißt innerhalb des Sektors Kapitalgesellschaften wie der Unternehmen generell gibt es selbstverständlich bei einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen mehr oder weniger große Abweichungen vom Durchschnitt. Trotzdem deuten die empirischen Informationen darauf hin, dass „das Gros der Aktiengesellschaften im Geld schwimmt“, so Heusinger (2004) mit Informationen zur Gewinnlage einzelner Unternehmen. Zur Steuervermeidungspolitik der Kapitalgesellschaften mit ausführlichen Einzelbeispielen s. Schmiederer/Weiss (2004).

Tabelle 7: Entwicklung der effektiven Arbeitseinkommen von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel¹⁾, Kreditinstituten¹⁾, Versicherungsgewerbe¹⁾ – Ergebnisse der Verdienststatistik in DM bzw. EURO (ab 2001) pro Monat und %²⁾ –

Wirtschaftsbereich Geschlecht	1991		1996		1998		2001		2002		2003		JD ⁶⁽⁷⁾ West	JD ⁶⁽⁷⁾ Ost
	JD ⁶⁾ West	JD ⁶⁾ Ost	JD ⁶⁾ West	JD ⁶⁾ Ost	JD ⁶⁾ West	JD ⁶⁾ Ost	JD ⁶⁾ West	JD ⁶⁾ Ost	JD ⁶⁾ West	JD ⁶⁾ Ost	JD ⁶⁾ West	JD ⁶⁾ Ost		
Arbeiter														
Industrie ³⁾	3 672	50,3	4 330	75,4	4 488	75,7	2 439	73,6	2 480	73,9	2 546	73,6	2 800	72,0
– Männer	3 867	49,7	4 519	74,4	4 674	74,9	2 530	73,6	2 568	74,1	2 634	73,9	2 892	72,5
– Frauen	2 737	54,1	3 268	79,6	3 403	81,2	1 868	77,0	1 903	77,8	1 956	77,5	2 156	75,8
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	3 802	63,4	4 436	76,4	4 468	75,8	2 388	74,2	2 411	74,2	2 472	73,5	2 565	74,2
Angestellte														
Industrie ³⁾ sowie Handel ⁵⁾ , Kredit- und Versicherungs- gewerbe	4 651	44,8	5 481	72,8	5 721	74,2	3 175	76,2	3 285	73,5	3 389	74,1	3 814	73,0
Industrie ³⁾	5 278	41,6	6 357	72,8	6 596	74,5	3 601	74,0	3 716	74,2	3 824	74,6	4 269	73,2
– Männer	5 788	42,1	6 920	75,0	7 142	76,8	3 896	77,0	4 015	77,3	4 124	77,4	4 598	76,1
– Frauen	3 884	49,0	4 784	81,0	5 028	81,9	2 777	78,9	2 873	78,8	2 961	79,5	3 288	78,3
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	5 263	54,2	6 225	77,6	6 391	77,2	3 416	73,7	3 522	72,4	3 633	72,7	3 862	71,9
Handel ⁵⁾ , Kredit- u. Versicherungs- gewerbe	3 892	46,7	4 666	73,6	4 892	74,6	2 744	76,1	2 876	74,2	2 957	75,0	3 348	74,3
– Männer	4 548	44,5	5 307	71,6	5 506	73,3	3 089	73,7	3 231	71,5	3 307	72,7	3 761	71,8
– Frauen	3 220	55,2	3 973	81,4	4 184	83,6	2 354	83,5	2 417	82,5	2 490	82,9	2 790	82,8
Arbeiter und Angestellte zusammen														
Industrie ³⁾	4 168	47,1	5 035	72,5	5 236	73,2	2 843	71,3	2 920	71,5	3 009	71,3	3 232	72,6
darunter: Hoch- und Tiefbau ⁴⁾	4 045	61,8	4 757	76,1	4 841	75,5	2 583	73,7	2 624	73,2	2 696	72,7	2 851	73,3

1) Nur Angestellte. – 2) Ostverdienste in % der Westverdienste. – 3) Einschließlich Hoch- und Tiefbau; ab 1996 bezeichnet mit „Produzierendes Gewerbe“. – 4) Vor 1996 mit Handwerk, ab 1996 ohne Handwerk – 5) Ab 1996 einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. – 6) Jahresdurchschnitt. – 7) Für 2002 nachrichtlich: einschließlich Sonderzahlungen, vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie 16 – Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

WSI Hans Böckler
Stiftung

Ostdeutschland auf der Ebene Netto und Real zukünftig noch weniger möglich ist.

Die für West und Ost in *Tabelle 6* angegebenen durchschnittlichen Tarifierhöhungen, die in aller Regel an Vollzeit-einkommen und allenfalls noch an sozialversicherungspflichtige Teilzeiteinkommen adressiert sind, fungieren hier als Maßlatte für die ungefähre Diskrepanz zwischen tariflicher Lohnerhöhung – die ja nur einen Teil der Beschäftigungsverhältnisse betrifft – und effektiver Lohnerhöhung im Durchschnitt aller abhängigen Arbeitsverhältnisse. In den Jahren 2002 und 2003 fallen die effektiven Erhöhungen aller Beschäftigten nur noch halb so groß aus wie die vereinbarten Tarifierhöhungen. Das ist nicht nur auf den „Mengeneffekt“ einer gestiegenen, genauer: meist nur statistisch besser erfassten, geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen, die den durchschnittlichen Lohnanstieg aller Beschäftigungsverhältnisse drückt. Der Effekt resultiert auch aus dem schon erwähnten Abbau von Sonderzahlungen bei Vollzeitbeschäftigten zusätzlich zur dort schon länger beobachtbaren Anrechnung von Tarifierhöhungen auf bestehende über-tarifliche Entgeltanteile.

Tabelle 7 bildet Niveau und Entwicklung der effektiv gezahlten Bruttolöhne von ganzjährig Vollzeitbeschäftigten, sozusagen die Normalarbeitsverhältnisse, ab. Erfasst werden von der zugrunde liegenden Verdienststatistik des Statistischen Bundesamtes allerdings im Wesentlichen neben allen industriellen Bereichen nur einige ausgewählte Dienstleistungsbereiche, sodass von allen Vollzeitbeschäftigten in Deutschland nur rund die Hälfte von ihnen in dieser Statistik berücksichtigt wird. Dafür ist mit ihr aber eine tief gegliederte Differenzierung nach Branchen, Regionen, Geschlecht u.a.m. möglich, die in *Tabelle 7* mit den ausgewählten Merkmalen nur angedeutet wird. Hervorgehoben wird darin der Ost-West-Vergleich der Löhne. Auch in 2003 hat das ostdeutsche Bruttolohnniveau zum westdeutschen im Durchschnitt nicht aufschließen können. Im Gegenteil hat sich die Ost-West-Relation bei den laufenden Monatsverdiensten aller Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte, männlich und weiblich zusammen) in 2003 sogar wieder leicht verschlechtert (von 71,5 % auf 71,3 %, siehe vorletzte Zeile und drittletzte Spalte in *Tabelle 7*). Bei den Verdiensten einschließlich Sonderzahlungen scheint sich dagegen

eine Verbesserung in 2003 gegenüber dem Vorjahr eingestellt zu haben (von 70,5 % auf 72,6 %). Diese rechnerische Verbesserung bedeutet jedoch keine faktische, weil der gestiegene Anteilswert des Ostens am Westniveau auf die im Westen absolut gesunkenen Einkommenssonderzahlungen zurück geht, während solche im Osten – wenn überhaupt – nur in geringem Ausmaß gezahlt werden. Betrogen die effektiven Arbeitsentgelte aller erfassten Vollzeitbeschäftigten im Westen einschließlich Sonderzahlungen in 2002 noch 3.258 € pro Monat, so belaufen sie sich in 2003 auf 3.232 €. Die Differenz von 26 € macht hochgerechnet auf das Jahr und die hier erfassten Vollzeitbeschäftigten einen Einkommensverlust von rund 2,5 Mrd. € aus.

Bei den Angestellten unter den erfassten Vollzeitbeschäftigten hat zwar das Ost-Niveau in Relation zum Westen bei den Entgelten ohne und mit Sonderzahlungen im Vorjahresvergleich teilweise geringfügig zugenommen. Aber auch dieser „Zugewinn“ ist stark zu relativieren. Die Entgelte im Osten einschließlich Sonderzahlungen liegen nach wie vor unter den laufenden Entgelten ohne Sonderzahlungen im Westen, weil Urlaubs- und Weihnachtsgeld

in den neuen Bundesländern deutlich weniger geleistet werden. Und vor allem hat sich das relative Lohnniveau bei allen Angestellten in beiden Abgrenzungen im Vergleich zur Mitte der 90er Jahre faktisch nicht geändert. Bei den in *Tabelle 7* erfassten Ost-Arbeitern ist die Vollzeitlohn-Relation zum Westen in 2003 wie in den meisten Vorjahren sogar niedriger als das schon 1996 erreichte Niveau; selbst die relativen Arbeiterentgelte einschließlich Sonderzahlungen im Osten liegen in 2003 unter dem 1996er Niveau der laufenden Monatsentgelte ohne Sonderzahlungen.⁸

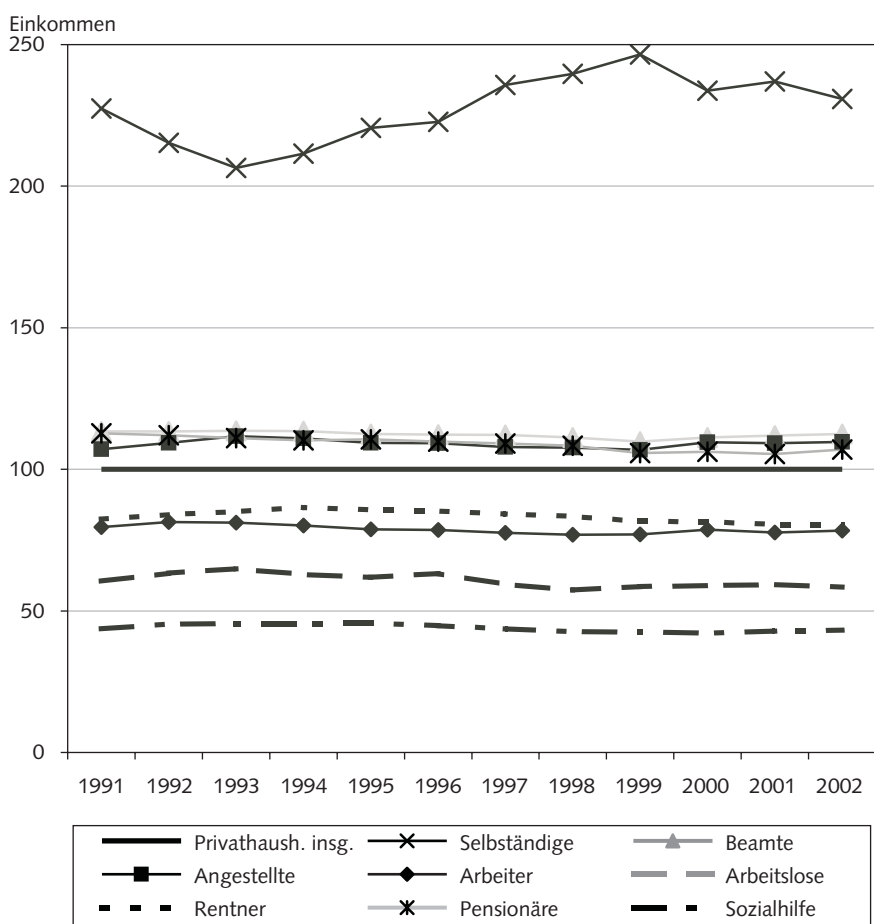
2

Personelle Verteilung

Zur personellen Verteilung, mit der die oben vorgestellte gesamtwirtschaftliche oder funktionale Verteilung auf sozioökonomischer Ebene konkretisiert und differenziert werden kann, gibt es keine vergleichbaren jährlich aktualisierten Informationen; entsprechende Erhebungen – von Ausnahmen abgesehen – werden in größeren zeitlichen Abständen durchgeführt. Zur empirischen Mikroökonomie der Lohnverteilung ist nach *Schäfer* (2003a) auch aus dem WSI nichts Neues vorgelegt worden. Hier spielte dafür in letzter Zeit die Debatte zu den politischen Konsequenzen der empirischen Befunde über einen schon vorhandenen und stark ausgeprägten Niedriglohnsektor mit einem hohen Anteil von Armut trotz Vollzeitarbeit eine umso größere Rolle, insbesondere zum Instrument eines gesetzlichen Mindestlohns (*Bispinck/Schäfer* 2004; *Bispinck u. a.* 2004). Zu den durchschnittlichen Einkommen privater Haushalte und ihren sozioökonomischen Gruppen (von Nicht-Erwerbstätigen-Haushalten bis hin zu Selbständigen) hat das Statistische Bundesamt auf Basis der VGR Ende des vergangenen Jahres eine neue Arbeit vorgelegt, deren vorangegangene einschlägige Veröffentlichung bereits im WSI-Verteilungsbericht 2002 (*Schäfer* 2003b) referiert wurde. Und zur Verteilung von verfügbarem privaten Haushaltseinkommen hinter solchen Durchschnitten hat der vor kurzem erschienene Datenreport 2004 – eine Gemeinschaftsproduktion von Statistischem Bundesamt (2004a), Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)

Abb. 1: Relative Einkommenspositionen des äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens privater Haushalte in Deutschland

- alte OECD-Skala¹⁾ in %²⁾ -



1) Zugrundegelegt wird das durchschnittliche äquivalenzgewichtete Nettoeinkommen der Haushaltsgruppen: Um deren Einkommen trotz unterschiedlicher Personenzahl und Altersstruktur in den Haushalten vergleichbar zu machen, werden die Haushaltseinkommen nach dem sog. "alten" Vorschlag der OECD gewichtet: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt - d.h. die Person mit dem größten individuellen Beitrag zum Haushaltseinkommen -, 0,7 für jede weitere Person ab 15 Jahren und 0,5 für Kinder unter 15 Jahren.

2) Für das gewichtete Nettoeinkommen jeder Haushaltsgruppe wird das durchschnittliche Nettoeinkommen aller privaten Haushalte in jedem Jahr als Referenzwert = 100 % zugrundegelegt. Dieser Referenzwert entspricht der waagerechten 100 %-Linie in der Grafik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des WSI.

WSI Hans Böckler Stiftung

– auf Basis der letzten Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP) neue Daten vorgelegt. Beide zuletzt genannten Publikationen werden hier im Folgenden kurz angesprochen.

Dagegen kann noch nicht auf ausführliche Ergebnisse der 2003 nach fünf Jahren wieder durchgeführten Einkommen- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zurückgegriffen werden, die wegen ihrer weit höheren Fallzahlen an befragten Haushalten im Vergleich zum SOEP belastbarere Angaben zur Verteilung von Markteinkommen, Umverteilungseffekten und verfügbarem Einkommen auf Personen und Haushalte liefern könnte. Erste Ergebnisse sind zwar vom Statistischen Bundesamt auf Basis eines Teils der Befragungen im Jahr 2003,

genauer des Eingangsinterviews Anfang 2003 und dem ersten Halbjahr 2003, schon publiziert worden. Aber ausführlichere Ergebnisse sind vorerst nur den wissenschaftlichen Stellen als „scientific use file“ zu Verfügung gestellt worden, die unter hohem Zeitdruck Gutachten zu verschiedenen Verteilungsaspekten für den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung liefern sollen. Letzterer wird nach heutigem Kenntnisstand Ende dieses

8 Zu einer eingehenden Diskussion der ostdeutschen Lohnverhältnisse s. *Görzig u. a.* (2004), die Ostdeutschland als strukturelle Niedriglohnregion qualifizieren.

Tabelle 8: Einkommensarmut und Niedrigeinkommen 1991–2002

– in % der betroffenen Bevölkerung in privaten Haushalten –

Armutsmaße	1991	1994	1997	2000	2001	2002
Deutschland						
Personen mit Einkommen unter der – 75%-Grenze (Prekärschwelle) ²⁾	37,0	35,3	34,9	33,7	33,3	36,6
– 60%-Grenze (Armutsschwelle I) ²⁾³⁾	12,4 (–)	11,0 (12,8)	11,4 (13,0)	11,3 (11,3)	12,5 (13,5)	13,1 (14,8)
– 50%-Grenze (Armutsschwelle II) ⁴⁾	10,1	9,6	9,2	9,2	9,4	11,1
Armuts-lücke ⁵⁾	2,5	2,6	2,3	2,4	2,7	3,0
Armutsintensität ⁶⁾	0,8	0,9	0,7	0,8	0,9	1,1
Westdeutschland ⁷⁾						
Personen mit Einkommen unter der – 75%-Grenze (Prekärschwelle) ²⁾	27,4	32,3	33,0	31,3	31,4	35,0
– 60%-Grenze (Armutsschwelle I) ²⁾³⁾	7,7 (–)	9,5 (11,8)	10,7 (12,9)	10,2 (11,1)	11,8 (13,4)	12,4 (14,3)
– 50%-Grenze (Armutsschwelle II) ⁴⁾	6,3	8,4	8,6	8,2	8,9	10,5
Armuts-lücke ⁵⁾	1,5	2,2	2,2	2,2	2,6	2,8
Armutsintensität ⁶⁾	0,5	0,8	0,7	0,7	0,9	1,0
Ostdeutschland ⁷⁾						
Personen mit Einkommen unter der – 75%-Grenze (Prekärschwelle) ²⁾	73,8	47,6	43,1	44,3	41,2	43,9
– 60%-Grenze (Armutsschwelle I) ²⁾³⁾	30,4 (–)	16,9 (16,7)	14,5 (13,4)	16,0 (12,2)	15,5 (14,2)	16,1 (16,7)
– 50%-Grenze (Armutsschwelle II) ⁴⁾	24,6	14,5	11,6	13,3	11,5	13,6
Armuts-lücke ⁵⁾	6,2	4,0	3,0	3,3	3,0	3,4
Armutsintensität ⁶⁾	2,1	1,4	0,9	1,0	0,9	1,2

- Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Personenzahl und Alterszusammensetzung vergleichbar zu machen, sind die Nettohaushaltseinkommen äquivalenzgewichtet (nach der alten OECD-Skala) und bilden somit eine Art bedarfsorientiertes Pro-Kopf-Nettoeinkommen der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung in Deutschland. Abgebildet werden hier laufende Monateinkommen – mit einer Ausnahme (FN 3).
 - Bezogen auf den Medianwert aller Haushaltseinkommen. „Median“ ist genau das Einkommensniveau, das die eine Hälfte der Haushalte mit ihren Einkommen unterschreitet und die andere Hälfte überschreitet.
 - In Klammern werden zusätzlich die Armutsquoten in Abgrenzung der 60 %-Medianschwelle angegeben, die sich auf Basis der Jahreseinkommen der Haushalte aus dem jeweiligen Vorjahr ergeben.
 - Bezogen auf den arithmetischen Mittelwert aller Haushaltseinkommen.
 - Das angegebene Maß informiert über den Einkommensabstand, der im Durchschnitt den vorhandenen armen Haushalten bis zur Überwindung der Einkommensarmut bzw. bis zur Armutsgrenze (hier: 60%-Median-Grenze) fehlt. Je höher der Wert, desto größer der Abstand der durchschnittlichen Armut bis zur Armutsgrenze bzw. bis zur Schwelle der Überwindung von Einkommensarmut.
 - Das angegebene Maß informiert über die Intensität der Armut. Je höher der Wert, desto schlechter die Lebenslage der Ärmsten innerhalb der gesamten Armutspopulation.
 - Alle Angaben zu West und Ost basieren auf gesamtdeutschen Schwellenwerten.
- Quelle: Statistisches Bundesamt 2004a (Datenbasis SOEP 1991-2002).

WSI Hans Böckler
Stiftung

Jahres den großen Verbänden zur Stellungnahme von der Bundregierung zugehen, die diesen Bericht auf Basis der Gutachten wie beim ersten Armuts- und Reichtumsbericht selbst formuliert. Darin dürften die empirischen Befunde der EVS 2003, wie schon beim ersten Mal die der EVS 1998, wieder eine herausragende Rolle spielen. Gemessen an den oben referierten gesamtwirtschaftlichen Verteilungsbefunden und den nun vorgestellten weiteren Angaben zur personellen Verteilungsentwicklung dürfte auch die EVS 2003 bzw. der zweite Armuts- und Reichtumsbericht eine weitere Verschärfung der Verteilungssituation konstatieren.⁹

Auf Basis der durchschnittlichen Nettoeinkommen von sozioökonomischen Gruppen sieht es zunächst nicht nach einer weiteren Einkommenspolarisierung aus (Abbildung 1). Während die relativen Einkommenspositionen fast aller Haushalts-

gruppen seit 2000 (dem im Verteilungsbericht 2002 zuletzt abgebildeten Jahr) nur minimal verändert sind, hat sich die Einkommensposition der Selbständigenhaushalte im Durchschnitt sogar verschlechtert. Im letztgenannten Durchschnitt spiegeln sich erwartungsgemäß geringere Gewinn- und Vermögenseinkommen aufgrund schlechterer Konjunktur, eingebrochener Börsenkurse und eines generell niedrigeren Zinsniveaus auf den Anlegermärkten. Trotzdem bleibt die heutige Einkommensposition der Selbständigenhaushalte weit über ihrem Anfang der 90er Jahre zu verzeichnenden Niveau und vor allem weit über den relativen Einkommenspositionen aller anderen Haushaltsgruppen.

Viel eindeutiger als solche Durchschnittsentwicklungen jedoch sind die zum Beispiel aus dem SOEP bzw. dem Datenreport 2004 verfügbaren Angaben zur Spreizung der Nettoeinkommen bzw. der

verfügbaren Einkommen hinter den Einkommensdurchschnitten. Zwar hat der Datenreport 2004 auf die im SOEP bestehenden Möglichkeiten zur Differenzierung der Verteilung nach sozioökonomischen Gruppen nicht zurückgegriffen. Auch hat er aus den Ergebnissen des SOEP nur solche zum unteren Teil der Einkommenspyramide, also zu Prekär- und Armutseinkommen, ausgewählt, während er Reichtum bzw. den oberen Pyramidenteil vernachlässigt. Aber die getroffene Datenauswahl vermittelt zumindest für die letzten Jahre eine Zunahme der Ungleichheit. Das entsprechende Informationsangebot des Datenreports 2004 wird hier in den Tabellen 8 und 9 noch einmal selektiert und komprimiert (ausführlicher: Statistisches Bundesamt 2004a, S. 626–638). Tabelle 8 vermittelt zunächst die Entwicklung von Niedrigeinkommen und Einkommensarmut zwischen 1991 und 2002, die hier auf Basis von gewichteten Nettoeinkommen – im Sinne von verfügbaren Einkommen nach der öffentlichen Umverteilung – durch verschiedene Einkommensmaße ausgedrückt werden. Betrachtet werden im Folgenden Westdeutschland und Ostdeutschland separat, weil der Blick auf ganz Deutschland allein einige regionale Unterschiede verwischt.

Für Westdeutschland ist im ganzen Beobachtungszeitraum eine leichte Zunahme des Bezieheranteils von Prekäreinkommen (unter der 75 %-Einkommensschwelle) zu beobachten und ebenso der Armutspopulation (unter der Armutsschwelle I) – wenn man laufende Monateinkommen zugrunde legt, die keine Einkommenssonderzahlungen oder auch keine Steuerrückzahlungen u.ä. enthalten. Legt man aber die im SOEP auch abgefragten Jahreseinkommen zugrunde (wie in Zeile 2 der drei Tabellenabschnitte von Tabelle 8 durch die Angaben in Klammern geschehen), so fällt nicht nur das Niveau der Armut deutlich größer aus, auch der Anstieg der Einkommensarmut in den letzten Jahren ist kräftiger. Diese empirischen Resultate ergeben sich, wenn man Einkommensprekarität und Einkommensarmut auf den Referenzwert des Ein-

⁹ Die zunehmende personelle Verteilungsungleichheit auf EVS-Basis für einen langen Zeitraum bis 1998 ist erst vor kurzem von Irene Becker (2004) in dieser Zeitschrift noch einmal zusammengefasst worden.

kommensmedians bezieht, der häufig verwendet wird, weil für seine Berechnung die manchmal unsicheren oder sogar unbekannt hohen Einkommen an der Spitze der Einkommenspyramide nicht benötigt werden.¹⁰ Beziehen sich die Armutsmaße wie in der dritten Tabellenzeile dagegen auf das arithmetische Mittel, das alle bekannten Einkommen abbildet und dabei die Unsicherheiten über die höchsten Einkommen in Kauf nimmt, so fällt das Armutsniveau oder die Quote der Bevölkerung mit Einkommensarmut in allen Jahren niedriger aus. Aber auch in dieser Abgrenzung ist ein Anstieg in den letzten Jahren zu erkennen. Im Anstieg befinden sich auch Armutslücke und Armutsintensität in Westdeutschland (zur Erläuterung siehe die Fußnoten in *Tabelle 8*). Beide verweisen darauf, dass sich Armutseinkommen nicht etwa knapp unterhalb der Armutsschwellen ballen, sondern auf eine Bandbreite von untersten Einkommen mit großer und größter Einkommensarmut verteilen, die ebenfalls im Zeitverlauf in Bewegung ist.

In Ostdeutschland stellt sich die Armutsentwicklung von 1991 bis 2002 deutlich anders da. Auch hier ist für die letzten Jahre ein deutlicher Anstieg der Einkommensarmut in allen vom Datenreport 2004 (Statistisches Bundesamt 2004a) gewählten Abgrenzungen zu beobachten, am kräftigsten wiederum auf Basis der im SOEP erfragten Jahreseinkommen. Von 1991 bis 1997 allerdings ist von hohem Armutsniveau aus ein kräftiger Rückgang der Armutsquoten zu verzeichnen, der im Wesentlichen auf die damals mehr und mehr vollzogene Integration Ostdeutschlands in das westdeutsche Sozial- und Lohnsystem zurückzuführen ist. Aber im Jahr 2002 ist das ostdeutsche Armutsniveau fast schon wieder auf dem Stand von 1994.

Die Bevölkerung mit Einkommensarmut wird für das Jahr 2002 in *Tabelle 9* noch einmal differenziert nach betroffenen Gruppen; Basis sind wieder die gewichteten Netto- bzw. verfügbaren laufenden Monateinkommen¹¹ sowie die 60 %-Armutsschwelle in Bezug auf den Einkommensmedian. Da der Median und die davon abgeleitete Armutsschwelle auf gesamtdeutschen Einkommensdaten beruhen, ist nicht verwunderlich, wenn in *Tabelle 9* die ostdeutschen Armutsquoten fast durchgängig höher liegen als die westdeutschen. Unter den abgebildeten Gruppen mit besonders hohen Armutsquoten fallen fast erwartungsgemäß die Arbeitslosen, die Auszu-

Tabelle 9: Arme Bevölkerungsgruppen im Jahr 2002
– in Prozent der betroffenen Bevölkerung in privaten Haushalten¹⁾ –

Bevölkerungsgruppen mit ausgewählten Merkmalen	In Deutschland			Darunter: in Ostdeutschland		
	Bev.- Anteil insges.	dar. Armutsquote ²⁾	dar. Armuts-lücke ³⁾	Bev.- Anteil insges.	dar. Armutsquote ²⁾	dar. Armuts-lücke ³⁾
Bevölkerung insgesamt	100,0	13,1	22,6	100,0	16,1	21,4
Geschlecht						
Männlich	47,6	12,5	12,5	47,4	15,5	21,7
Weiblich	52,4	13,5	13,5	52,6	16,5	21,2
Nationalität	100,0			100,0		
Deutsch	92,8	10,5	10,5	98,8	14,3	21,0
Nicht deutsch	7,2	27,4	27,4	1,2	22,9	16,9
Erwerbsstatus	100,0			100,0		
Erwerbstätig, Vollzeit	38,7	4,7	4,7	37,8	5,8	18,5
Erwerbstätig, Teilzeit	15,0	14,8	14,8	11,4	17,7	21,4
Arbeitslos	6,7	37,9	37,9	13,2	41,8	23,8
In Ausbildung	4,7	26,0	26,0	5,7	32,2	18,4
Nicht erwerbstätig	34,9	10,9	10,9	32,1	8,7	18,2
Untergruppen im Haushalt						
Kinder bis 17 Jahre	18,5	19,6	19,6	16,1	26,1	23,1
Haushaltstypen (Auswahl)						
Single	18,1	11,8	11,8	18,1	18,4	19,2
Paar ohne Kind	27,2	7,0	7,0	28,7	6,5	17,3
Paar mit mindj. Kind(ern)	37,6	14,7	14,7	33,5	18,3	22,1
Alleinerziehende (insg.)	4,9	40,7	40,7	6,7	46,9	23,3
Alleinerziehende mit 2 und mehr Kindern	1,9	58,5	58,5	2,3	63,9	21,5

1) Zugrunde gelegt sind hier für die Abgrenzung von Einkommensarmut die Armutsschwelle 60% vom Median sowie die äquivalenzgewichteten laufenden Monateinkommen der privaten Haushalte im Jahr 2002.

2) Anteil der Armen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

3) Die Armutslücke ist ein Maß für den durchschnittlichen Einkommensabstand der Armen zur Armutsgrenze (s. *Tabelle 8*).

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004a (Datenbasis: SOEP 2002).

WSI Hans Böckler Stiftung

bildenden und die Teilzeitbeschäftigten (in Ostdeutschland) auf. Nicht ganz so überraschend nach den einschlägigen Befunden im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, aber nach wie vor bestürzend sind die teilweise extrem hohen Armutsquoten bei Paaren mit Kindern (Deutschland: 14,7 %; Ost: 18,3 %), vor allem bei Alleinerziehenden (Deutschland 40,7 %; Ost: 46,9 %), und darunter erst recht bei Alleinerziehenden mit zwei und mehr Kindern (Deutschland: 58,5 %; Ost: 63,9 %). Ins Auge fallen auch einige unterdurchschnittliche Armutsquoten, so bei Paaren ohne Kinder (Deutschland: 7,0 %; Ost: 6,5 %), bei Singles (Deutschland; 11,8 % – was allein auf die westdeutschen Verhältnisse zurückzuführen ist) und schließlich bei Nichterwerbstätigen, unter denen hier im Wesentlichen Rentner und Pensionäre verstanden werden (Deutschland: 10 %; Ost: 8,7 %).

Besonders erklärungsbedürftig ist der scheinbar sehr niedrige Armutsanteil unter den Vollzeitbeschäftigten in *Tabelle 9* (Deutschland: 4,7 %; Ost: 5,8 %). Gerade in diesem Zusammenhang ist noch einmal daran zu erinnern, dass die Armutsquoten im Datenreport bzw. in *Tabelle 8* und *9* in

Bezug auf das durchschnittliche verfügbare Einkommen aller deutschen privaten Haushalte berechnet wurden. In ihm sind die Einkommen von Erwerbstätigen wie Nicht-Erwerbstätigen-Haushalten einschließlich Arbeitslosen- und Sozialhilfehaushalte eingeschlossen, sodass der Einkommensdurchschnitt relativ niedrig ausfällt. Der Einkommensvergleich von Vollzeittätigkeit mit Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. von Arbeit mit Nicht-Arbeit kann allerdings problematisch sein, insbesondere wenn damit ein angemessenes Arbeitsentgelt (z.B. der gerechte Lohn) oder ein unangemessenes Einkommen (z. B. Armut trotz Vollzeitarbeit) gemessen werden soll.

10 Der Nichteinbeziehung der oberen Einkommen trägt man allerdings häufig Rechnung, indem man beim Bezugswert Median den Schwellenwert für Einkommensarmut auf 60 % setzt. Mit dem Schwellenwert 50 % wird dagegen häufig beim Bezugswert arithmetisches Mittel der Einkommen gearbeitet.

11 Die entsprechenden Angaben auf Basis der Jahreseinkommen, die tendenziell höher ausfallen müssten, werden vom Datenreport 2004 nicht ausgewiesen.

Armut trotz Arbeit und erst recht trotz Vollzeitarbeit wird aus WSI-Sicht aussagefähig nur an anderen Arbeitseinkommen gemessen, genauer: am Durchschnitt aller individuellen Einkommen aus abhängiger Arbeit bzw. Vollzeitarbeit. Und dann fallen die Armutsquoten für Vollzeitbeschäftigung wesentlich höher aus (Schäfer 2003a).

3

Die öffentliche Umverteilung

Die vorgestellten Daten zur personellen Ungleichheit am unteren Ende der Pyramide letztlich verfügbarer Einkommen lassen sich im Prinzip mit solchen zum oberen Ende aus dem SOEP¹² und vor allem aus der Einkommen- und Verbrauchstichprobe (EVS) ergänzen. Vermutlich werden beide Ränder der Einkommensverteilung auch im angekündigten zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung angemessen berücksichtigt. Gespannt darf man aber darauf sein, ob der Regierungsbericht auch den Prozess der öffentlichen Umverteilung erstmals ausführlich darstellt, der zur Polarisierung der Einkommen angesichts der hier eingangs vorgelegten makroökonomischen Verteilungsdaten erheblich beiträgt. In diesem Zusammenhang kann man erst recht neugierig werden auf den von der NRW-Landesregierung angekündigten ersten Reichtumsbericht, der darauf angelegt ist, diesen Umverteilungsprozess transparenter zu machen. Hierzu nutzt im Auftrag der Landesregierung das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in NRW (LDS) in erster Linie die Einkommensteuerstatistik 1998, nachdem die Möglichkeiten dieser lange der Wissenschaft nicht zugänglichen Datei schon für den ersten Armuts- und Reichtumsbericht entdeckt und ausgewertet wurden. Ziel des LDS NRW ist, dabei unter anderem zu klären, ob die Steuerlast angemessen verteilt ist.

Zweifel an einer angemessenen Steuerlastverteilung werden z.B. von Bundesregierung und Regierungsparteien immer wieder mit dem Argument zu entkräften versucht, dass die 10 % der Steuerzahler mit den höchsten Einkommen immerhin 54 % des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens erbringen (Bundesministerium der Finanzen 2004, S. 21, Tabelle 4; Vorwärts 2004, S. 10). Der letzt-

jährige WSI-Verteilungsbericht hat sich mit diesem Argument bereits kritisch auseinandergesetzt (Schäfer 2003b, S. 695f., 640). Erstens erfasst offenbar auch die Einkommensteuerstatistik, die dem rot-grünen Argument zugrunde liegt, nicht alle Personen mit höchsten Einkommen: Verdienen laut Einkommensteuerstatistik 37.000 Haushalte mehr als 18.000 € netto im Monat (so Merz 2003 auf Basis von 1995er Daten), sind es nach Mikrozensus 2002 immerhin mehr als doppelt so viel.¹³ Zweitens ist die Frage, wie viel der in der Steuerstatistik erfassten Haushalte bzw. Personen mit den höchsten Einkommen gegenüber dem Fiskus weit weniger Einkommen deklarieren als ökonomisch verdient wurde. Denn die Einkommensteuerstatistik kann sich verständlicherweise nur auf die freiwillig deklarierten Einkommen beziehen.¹⁴ In jedem Fall aber legen die Zahlendiskrepanzen zwischen Einkommensteuerstatistik und Mikrozensus über Personen und Haushalte mit höchsten Einkommen die Vermutung nahe, dass dieser Kreis eher nicht genug Steuern gezahlt hat. Oder mit anderen Worten: Beeindruckend ist nicht, dass 10 % der Steuerpflichtigen 54 % des Lohn- und Einkommensteueraufkommens zahlen; beeindruckend ist viel mehr, dass angesichts der schiefen Einkommensverteilung mit einer großen Konzentration auf hohe Einkommen bei einer besser funktionierenden Besteuerung nach Leistungsfähigkeit offenbar noch mehr Steuern zu zahlen bzw. zu erzielen wären. Das mit dem „Rot-Grünen-Argument“ arbeitende Bundesfinanzministerium vermeidet bezeichnenderweise in der oben zitierten Tabelle, die durchschnittliche individuelle Steuerlast der dort dargestellten Steuerpflichtigen in Relation zum zu versteuernden und erst recht zum ökonomischen Einkommen anzugeben.

Das LDS von NRW liefert möglicherweise gerade zur gestörten Praxis der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ein drittes Gegenargument.¹⁵ Denn es vergleicht – so nach vorläufigen Informationen aus dem LDS – das deklarierte Einkommen und das nach Abzug von Steuern und Abgaben übrig bleibende Einkommen mit dem Ergebnis, dass Letzteres bei hohen Einkommen relativ größer ausfällt. Genauer: Den oberen Einkommen verbleiben wegen der legalen Möglichkeiten der Steuergestaltung netto relativ mehr als den unteren Einkommen. Beträgt das durchschnittliche Nettoeinkommen aller Lohn-

und Einkommenssteuerpflichtigen 1998 54,3 % der deklarierten Brutto- bzw. Markteinkommen, so beläuft es sich bei den 10 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Bruttoeinkommen auf 57 % und bei den 1.000 Steuerpflichtigen mit den allerhöchsten Einkommen sogar auf 59 %. Von Progressionswirkung des Steuersystems kann im oberen Einkommensbereich offenbar nicht die Rede sein.

Dies widerspricht den Erwartungen bzw. Anforderungen an ein System der gerechten Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Und es bestätigt die von anderen Untersuchungen zur Steuerlastverteilung schon gezogenen Schlüsse, dass mit steigendem Einkommen selbst die legalen Möglichkeiten zur Steuervermeidung wachsen (die illegalen Möglichkeiten sind, wie erläutert, bei der LDS-Analyse per se ausgeklammert). Auch beim Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) kann man inzwischen nachlesen, dass Bezieher hoher Einkommen insbesondere durch steuerliche Verluste aus Vermietung und Verpachtung wesentlich häufiger und vor allem mit wesentlich größeren Beträgen als andere Steuerpflichtige ihre Steuerlast zu drücken verstehen (SVR 2003, S. 456ff.). Und selbst wenn die Verluste nicht nur auf dem Papier stehen, sondern real sein sollten, werden sie beim zukünftigen Verkauf der Immobilie mit steuerfreiem Gewinn häufig mehr als wettgemacht. Aber auch der SVR, der wie das LDS NRW die Einkommensteuerstatistik auswertet, „versteckt“ die Effekte dieser und anderer Steuervermeidungsstrategien, weil er in seiner

¹² Siehe die im letztjährigen WSI-Verteilungsbericht (Schäfer 2003b) vorgestellte SOEP-Sonderstichprobe zu hohen Einkommen.

¹³ Der Mikrozensus 2002 identifiziert 170.000 Personen mit Einkommen über der genannten Schwelle, was angesichts der durchschnittlichen Haushaltsgröße etwa 80.000 Haushalten entsprechen könnte. Im WSI-Verteilungsbericht 2003 wurde vom Autor die Mikrozensuszahl von 170.000 Personen irrtümlich mit 170.000 Haushalten gleichgesetzt.

¹⁴ Auch im Mikrozensus ist trotz Auskunftspflicht nicht ausgeschlossen, dass Einkommensteile verschwiegen werden.

¹⁵ Die Frage, ob die im Rahmen der Einkommensteuerstatistik deklarierten Einkommen auch den wahren bzw. ökonomisch verdienten Einkommen entsprechen, kann das LDS verständlicherweise beim Bezug seiner Analyse auf diese Statistik nicht beantworten.

entsprechenden Tabelle (SVR, S. 486) die effektive durchschnittliche Steuerbelastung nicht für das deklarierte ökonomische Einkommen ausrechnet, sondern nur in Relation zum deutlich niedrigeren zu versteuernden Einkommen nach Abzug der diversen steuerlichen Absetzungsbeträge. Bei der anderen und eigentlich adäquaten Berechnungsweise wird die ohnehin auch vom SVR konstatierte Abschwächung der Progression im oberen Einkommensbereich deutlicher sichtbar: Ab 250.000 € deklariertes Einkommen bleibt die Steuerbelastung praktisch konstant bei etwa 38 %.

Diese auf mikroökonomischer Datenbasis ermittelten Analyseergebnisse des LDS NRW wie des SVR passen zu dem seit langem bekannten Bild der makroökonomisch schiefen Steuerlastverteilung, wonach der Anteil der veranlagten Einkommensteuer und generell der Steuern auf Gewinn und Kapital am gesamten Steueraufkommen im Zeitverlauf ständig weiter zurück geht (Schäfer 2004b, aktualisierte Tabelle 2).

4

Verteilung und Wachstum

Die vorgelegten Verteilungsdaten spiegeln einmal mehr nicht nur die soziale, sondern auch die ökonomische Erfolglosigkeit der rot-grünen Bundespolitik wider – wie der vergleichbaren Politik der anderen Gebietskörperschaften, die sich wie eine faktische wirtschaftspolitische Allparteien-Koalition verhalten. Noch deutlicher: Wegen der seit vielen Jahren eingeschlagenen und von Rot-Grün nur wenig modifizierten Verteilungspolitik zulasten von Masseneinkommen und zugunsten von Gewinn- und Vermögenseinkommen sind nicht nur viele ökonomische Probleme erst entstanden; sie wurden im Zeitverlauf auch über die zunehmende Schwächung der privaten wie der öffentlichen Binnennachfrage verschärft. Das vermeintliche Problemlösungsrezept – die Umverteilung zugunsten von Unternehmen und „leistungstragenden“ hohen Einkommen und Vermögen – ist selbst der Problemauslöser.

Doch Politik und große Teile der Öffentlichkeit lesen die steigende Diskrepanz zwischen den inzwischen bewegten Verteilungsmitteln und den verschärften Wachs-

tums-, Arbeitsmarkt- und Fiskalproblemen nicht als Zeichen eines Rezeptversagens, sondern als Zeichen einer zu geringen Rezeptdosis – und werden bzw. wollen nach heutigem Stand weiter nachlegen: die Arbeitgeber mit noch weniger Einkommenssonderzahlungen, mit Nullrunden in der Lohnpolitik und sogar mit absoluten Lohnsenkungen in angeblich wettbewerbsgefährdeten, faktisch aber eher managementgeschädigten Bereichen; die Politik mit per Saldo absolut gesenkten Lohnersatzleistungen im Zuge von Harz IV, mit steigenden Zuzahlungen im Krankheitsfall für Lohn- und Renteneinkommen, mit Ankündigungen weiterer Sparrunden in den öffentlichen Haushalten zulasten von harter und weicher Infrastruktur.

Diese politische „Weiter-so-Haltung“ – die regierungsseitig auch als Alternativlosigkeit der Regierungspolitik ausgegeben wird – vergrößert jedoch die kurzfristigen Konjunktur- wie die langfristigen Wachstumsprobleme. Sie produziert ironischerweise aber auch mit inneren Widersprüchen die Chance zur Lernfähigkeit und politischen Umkehr, wenn diese Widersprüche immer offenkundiger werden. Einige solcher Widersprüche seien hier beispielhaft genannt, vor allem solche, die die politikbedingten Belastungen der kurzfristigen wie der langfristigen ökonomischen Entwicklung beleuchten:

– Kann man von Bürgern, die durch Arbeitslosigkeit oder durch relative und absolute Kürzung ihres Einkommens oder durch administrative Verteuerung etlicher ihrer Ausgaben betroffen und bedroht sind, die Bereitschaft zum ausgiebigen Konsum erwarten – und gleichzeitig auch noch zum Aufbau einer eigenständigen Altersvorsorge? – Kann man für den Bezug von Arbeitslosengeld II die vollkommene Transparenz von Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Antragsteller verlangen, während die selben Verhältnisse von Managern selbst bei Kapitalgesellschaften undurchsichtig bleiben können? Dasselbe Gefälle an statistischen Informationen muss man übrigens nach wie vor generell zwischen dem unteren und dem oberen Rand der Einkommensverteilung konstatieren und kritisieren.

– Kann man als faktisch einzige aktuelle „Vermögenssteuer“ den staatlich verlangten Vorabverzehr der eher bescheidenen Vermögen von Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldbeziehern akzeptieren, während

hohe Vermögen von kaum durch Erwerbslosigkeit Bedrohten weder mit der (ausgesetzten) Vermögensteuer noch mit einer angemessenen Erbschaftsteuer belastet sind – und die Kassen von Ländern und Kommunen als (potenzielle) Empfänger dieser Steuern weiter klamm bleiben?

– Kann man glaubhaft vom Aufbau einer Wissensgesellschaft reden, wenn in den öffentlichen Kassen selbst das Geld für die Pflege der vorhandenen – und schon lange unzureichenden – Bildungsinfrastruktur fehlt?

– Kann man ernsthaft über sinkende Geburtenraten und „unvermeidliche“ demographische Probleme klagen, während man durch zu geringe Kinderbetreuungsmöglichkeiten, durch Flexibilisierung und Prekarisierung des Arbeitsmarkts, durch unsicherere Verdienstaussichten usw. die Familiengründungsbereitschaft systematisch vermindert?¹⁶

Diese und andere Widersprüche würden bei Fortsetzung der eingeschlagenen Verteilungspolitik noch schärfer bzw. die dahinter stehenden sozialen wie ökonomischen Probleme noch größer. Sie ließen sich nur lösen oder zumindest erheblich mildern, wenn der eingeschlagene Weg verlassen wird zugunsten einer Alternative der nur vorgeblich „alternativlosen“ Status quo-Politik. Solche insbesondere steuerpolitischen und generell fiskalpolitischen Alternativen sind in dieser Zeitschrift und an anderer Stelle bereits entwickelt worden. Sie setzen z.B. im Rahmen einer Stärkung des Prinzips der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit auf eine Steuerentlastung bei unteren Einkommen und eine Belastung bei oberen Einkommen sowie auf eine (Wieder)Erhöhung der Unternehmenssteuern, die Wiederbelebung der Vermögensteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer.¹⁷ Jedenfalls mehrt sich die

¹⁶ Die dramatisch gesunkenen Geburtenraten in Ostdeutschland seit vielen Jahren hätten schon lange zu denken geben müssen; die ebenso gesunkenen Geburtenraten in Schweden nach dem dortigen Sozialabbau in den 90er Jahren – trotz hohem verbliebenen Sozialniveau – ebenso.

¹⁷ Vgl. z.B. den in letzter Zeit unter Beteiligung des WSI von Gewerkschaften und ATTAC Deutschland entwickelten Vorschlag für eine „Solidarische Einfachsteuer“ (z.B. bei www.igmetall.de unter „Mitgliederbegehren“) oder die Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes (2004) zur Veranstaltung „Aufstehen gegen Steuerflucht“ mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) und ATTAC Deutschland.

Kritik am bisherigen Weg der Aushöhlung der Binnennachfrage durch die Manie von privatwirtschaftlichem Kostensenken und staatlichem Sparen. Sie kommt zunehmend auch von ausländischer Seite, der die einseitige deutsche Politik-Fokussierung auf vermeintliche Angebotsprobleme ohnehin häufig suspekt ist.¹⁸ Es bleibt nach wie vor zu hoffen, dass diese Kritik und natürlich die sozialen und ökonomischen Probleme als Kritikauslöser endlich zur Lernfähigkeit der deutschen Politik wie auch der deutschen Unternehmen beitragen.

¹⁸ Siehe vor allem die Kritik von O'Neill (2004), dem Chef-Volkswirt der Investmentbank Goldman Sachs. Zur Kritik aus deutscher Sicht und darunter insbesondere an den Mythen der Angebotspolitik siehe z. B. Albrecht Müller (2004), ehemaliger Kanzlerberater unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, das Statistische Bundesamt (2004b) und Horn/Behncke (2004) zur Widerlegung der These von der deutschen „Basar-Ökonomie“, Heusinger/Uchatius (2004) sowie ver.di-Bundesvorstand (2004) zur These vom ökonomischen „Abstieg“ Deutschlands bzw. zum Mythos der Standortchwäche, Hein/Mülhaupt/Truger (2004) zu den aufgebauten demographischen Gefahren. Zur Kritik an der öffentlichen Sparpolitik siehe insbesondere Vesper (2004).

LITERATUR

Becker, I. (2004): Soziale Gerechtigkeit und Privatisierung von Sicherungssystemen, in: WSI-Mitteilungen 9, S. 474–482

Bispinck, R./Schäfer, C. (2004): Niedriglöhne? Mindestlöhne!, in: Sozialer Fortschritt, im Erscheinen.

Bispinck, R./Schäfer, C./Schulten Th. (2004): Argumente für einen gesetzlichen Mindestlohn, in: WSI-Mitteilungen 10, S. 575–577

Bundesministerium der Finanzen (2004): Datensammlung zur Steuerpolitik – Ausgabe 2004, Berlin

Deutsche Bundesbank (2004): Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2003, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 6, S. 45–65

DGB-Bundesvorstand (2004): Statement von Heinz Putzhammer anlässlich der gemeinsamen Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) und ATTAC Deutschland „Aufstehen gegen Steuerflucht!“ am 03.11.2004 in Berlin, in: Wirtschaftspolitischer Schnelldienst des DGB 15

Görzig, B./Gornig, M./Werwatz, A. (2004): Ostdeutschland: Strukturelle Niedriglohnregion?, in: Wochenbericht des DIW 44

Hein, E./Mülhaupt, B./Truger, A. (2004): WSI-Standortbericht 2004. Demographische Entwicklung – ein Standortproblem?, in: WSI-Mitteilungen 6, S. 291–305

Heusinger, R. von (2004): Und sie (die Unternehmen) schwimmen in Milliarden, in: Die Zeit 42, S. 21 f

Heusinger, R. von/Uchatius, W. (2004): Der Mythos vom Abstieg, in: Die Zeit 17

Horn, G./Behncke, S. (2004): Deutschland ist keine Basarökonomie, in: Wochenbericht des DIW 40

Jarass, L./Obermair, G.M. (2004): Geheimnisse der Unternehmenssteuern. Steigende Dividenden, sinkendes Steueraufkommen, Marburg

Merz, J. (2003): Was fehlt in der EVS? in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 223 (1), S. 58–90

Müller, A. (2004): Die Reformlüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren, München

O'Neill, J. (2004): Ein absurdes Verständnis von Wirtschaft – Interview mit dem Chef-Volkswirt der US-Investmentbank Goldman Sachs, in: Die Zeit 35, S. 21

(SVR) Sachverständigenrat (2003): Jahresgutachten 2003/04 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 15/2000 vom 14.11., Berlin

Schäfer, C. (2003a): Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 420–428

Schäfer, C. (2003b): Mit einer ungleicheren Verteilung in eine schlechtere Zukunft – Die Verteilungsentwicklung in 2002 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen 11, S. 631–643

Schäfer, C. (2004a): Die Lohnquote – ein ambivalenter Indikator für soziale Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz, in: Sozialer Fortschritt 2, S. 45–52

Schäfer, C. (2004b): Finanzpolitik produziert öffentliche und private Armut, in: Gerntke, A./Rätz, W./Schäfer, C. (Hrsg.), Einkommen zum Auskommen – Von bedingungslosem Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlöhnen und anderen Verteilungsfragen, Hamburg, S. 32–48

Schmiederer, E./Weiss, H. (2004): Asoziale Marktwirtschaft. Insider aus Politik und Wirtschaft enthüllen, wie die Konzerne den Staat ausplündern, Köln

Statistisches Bundesamt (2003a): Nettoeinkommen und Zahl der Haushalte nach Haushaltsgruppen 1991–2002. Arbeitsunterlage Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2003b): Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen und Einkommensarten 1991–2002. Arbeitsunterlage Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004a): Datenreport 2004 – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), in: Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 440, Bonn

Statistisches Bundesamt (2004b): Importanteil der deutschen Exporte bei 40 %, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 17.08.

ver.di-Bundesvorstand (2004): Mythos Standortchwäche, in: ver.di-Reihe Wirtschaftspolitik, Stuttgart

Vesper, D. (2004): Öffentliche Haushalte 2004/2005: Sparpolitik löst nicht die Finanzierungsprobleme, in: Wochenbericht des DIW 36, S. 511–520

Vorwärts (2004): Mehr Steuergerechtigkeit – Millionäre und Unternehmen zahlen wieder Steuern. Kleine Einkommen werden entlastet, in: 10, S. 10